

A-1
Die Bürger und ihre gesellschaftlichen Organisationen, die Rechtspflegeorgane und alle anderen staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen sollen durch noch engere Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen noch besser dazu beitragen, der Kriminalität vorzubeugen und die sozialistische Gesetzmäßigkeit weiter zu festigen. In unserer gemeinsamen Verantwortung liegt es, die Errungenschaften und Ergebnisse einer erfolgreichen 20jährigen Aufbauarbeit des Volkes vor Schäden zu bewahren, die materiellen und geistigen Güter zu mehren und vor jedweden Angriffen zu schützen.

In der Bundesrepublik ist die Herstellung demokratischer Verhältnisse auf der Grundlage der Verfassung zu einer Lebensfrage geworden. Für eine Wende zum Besseren ist die erste Voraussetzung, allen für Frieden und Demokratie eintretenden Kräften die ungehinderte Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Grundrechte zu gewährleisten.

Eine vordringliche Aufgabe besteht darin, die effektive Mitwirkung des Volkes an der gesamten staatlichen und politischen Willensbildung, die nicht auf die alle vier Jahre stattfindende Wahl zum Bundestag beschränkt bleiben darf, zu sichern. In diesem Sinne müßte eine demokratische Reform des Parlaments einschließlich des Wahlrechts, eine echte Kontrolle der Bundesregierung und der Länderregierungen durch den Bundestag und die Länderparlamente erfolgen.

Damit die Bevölkerung künftig auf den Inhalt aller grundlegenden Gesetze wirklich Einfluß nehmen kann, wäre eine breite öffentliche Diskussion, besonders unter Mitwirkung der Gewerkschaften, über solche Gesetzentwürfe absolut notwendig. Alle Gesetze, die die verfassungsmäßig proklamierten Rechte weiter aushöhlen würden, müßten durch die Einflußnahme der Bevölkerung und ihrer demokratischen Organisationen — nötigenfalls durch Volksentscheid oder Kollektivpetition von wahlberechtigten Bürgern — verhindert werden. Das gilt insbesondere für die geplante Notstandsverfassung und alle bereits beschlossenen oder vorgesehenen Teile des Notstandspakets.

Den Forderungen der Gewerkschaften, alle Möglichkeiten des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht zu beseitigen, sollte durch gesetzgeberische Akte Rechnung getragen werden. Das betrifft auch die Einflußnahme der Unternehmerverbände auf die Ministerialbürokratie, den Bundestag und seine Abgeordneten.

Als gesetzliche Grundlage für die Rechtsprechung wäre die Schaffung demokratischer Gesetzbücher, vor allem eines modernen demokratischen Strafgesetzbuches, das auch den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts entspricht, unter wirksamer Beteiligung der Gewerkschaften und untadeliger, demokratisch gesinnter und der Verfassung verbundener Juristen dringend geboten.

Im Interesse des Friedens und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht müssen die im Zeichen des kalten Krieges und des Antikommunismus erlassenen Gesetze, insbesondere die Strafrechtsergänzungsgesetze, endlich annulliert werden. Das gilt vor allem auch für jene Gesetze und Bestimmungen, in denen revanchistische Ansprüche auf fremdes Staatsgebiet direkt oder indirekt enthalten sind. Notwendig ist auch, daß endlich dem Artikel 26 des Grundgesetzes entsprochen und ein Gesetz zum Schutze des Friedens geschaffen wird.

Die Staatsschutzbestimmungen sowie alle anderen Gesetze, die gegen die friedlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ihren Regierungen und ihren Bürgern gerichtet sind und die der dringenden Annäherung und Verständigung im Wege stehen, müssen beseitigt werden. Das gilt in gleicher Weise für die völkerrechtswidrigen und anmaßenden Entscheidungen westdeutscher Gerichte, in denen das Territorium der DDR als zum Inland der Bundesrepublik gehörig er-

kannt wird, und solche Entscheidungen, die Bürger und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik wegen ihres Eintretens für Frieden und Verständigung unter Strafe stellen.

Im Interesse der Gerechtigkeit und in Übereinstimmung mit den gültigen völkerrechtlichen Festlegungen müssen schwerbelastete Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft und aus allen öffentlichen Ämtern des Staates, der Justiz und der Bundeswehr entfernt werden. Für Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit darf es keine Verjährung geben.

Auswahl und Einsatz der Richter und leitenden Justizbeamten sollte durch demokratische Körperschaften erfolgen, die auch Einfluß auf die Zulassung zum juristischen Studium und den Inhalt der juristischen Ausbildung haben müssen.

Günstig auf die Verantwortung der Richter gegenüber dem Volk und für ihre Bindung an die Verfassung könnte sich auswirken, wenn ihre Wahl und die Möglichkeit ihrer Abberufbarkeit eingeführt würden. Schöffen und Geschworene sollten gleichfalls demokratisch gewählt werden. Die Gewerkschaften sollten das Recht erhalten, Kandidaten für dieses Amt vorzuschlagen.

*

Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre demokratische Rechtsordnung weiter festigen und entwickeln, um zur Sicherung des Friedens beizutragen und dem Wohl der Bevölkerung zu dienen. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag für die friedliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland.

Der weitere Ausbau der sozialistischen Rechtsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und der Kampf der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gegen die antidemokratische und friedensgefährdende Entwicklung Westdeutschlands — das ist der Weg, der auch die Annäherung und friedliche Zusammenarbeit beider deutscher Staaten fördern würde. Das ist auch die einzig mögliche Alternative, damit einst in ganz Deutschland Demokratie und Recht erblühe.

Wichtige Neuerscheinung

Wohin? Fragen - Widersprüche - Wege

Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik

Herausgegeben vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen • Berlin 1966 • 358 Seiten

Wissenschaftler analysieren in diesem Buch die Situation in der westdeutschen Bundesrepublik. Sie unternehmen den dankenswerten Versuch, die tiefen gesellschaftlichen Widersprüche sichtbar zu machen und — ausgehend von vielfältigen Vorstellungen in der Bundesrepublik selbst - akzeptable Wege zu zeigen, wie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen werden können. Dabei ergibt sich, daß die Problematik des westdeutschen Staates ihrem Kern nach in der Notwendigkeit gipfelt, demokratische Verhältnisse herzustellen, die dem Friedenswillen der Volksmehrheit entsprechen und seiner Verwirklichung dienen. Die Herstellung demokratischer Verhältnisse ist gegenwärtig für die Bundesrepublik der Ausgangspunkt und die Voraussetzung für alle Schritte zur friedlichen Lösung des nationalen Problems.

Aus dem Inhalt:

Dr. Ernst Gottschling: Engagement für einen demokratischen Staat (Ein vielschichtiges Machtsystem • Ist das Parlament überlebt? • Expertokratie oder Volksvertretung • Gesetzgebung vom Dunkel ans Licht)

Dr. Roland Meister: Justizreform für die Grundrechte (Strafrechtsreform im Mittelpunkt • Kriminalpolitik — modern und sozial • Schritte zu einer neuen Rechtsordnung)

Dr. Hugo Walter: Bürgerrechte heute und morgen (Menschenwürde und technische Revolution • Grundrechte und soziale Sicherheit • Um die volle Gleichberechtigung der Frau • Rechte der Jugend — ungelöstes Problem)